

Balkantrasse: Laub wird von Stadt gekehrt

BM 01.11.12

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Der Panoramaweg „Balkantrasse“ auf Wermelskirchener Stadtgebiet wird regelmäßig gekehrt. Das erklärte der Technische Beigeordnete Dr. André Benedict Prusa nach der BM-Berichterstattung am vergangenen Samstag jetzt auf Anfrage. „Wir haben die Verkehrssicherungspflicht“, unterstrich er, wies aber darauf hin, dass kein Winterdienst erfolge. „Gekehrt heißt in dieser Jahreszeit, dass wir mit der kleinen Kehrmaschine über die Trasse fahren und das Laub entfernen.“

In der Berichterstattung über die Widmung der Balkantrasse im Stadtgebiet als Gemeindestraße wurden zwei Aussagen von Stadtmitarbeitern zitiert: Im September

hatte Tiefbauamtsleiter Stefan Lohkamp erklärt, es werde achtmal im Jahr gekehrt; Stadtplaner Wolfgang Schindler hatte auf Anfrage vor zwei Wochen dann mitgeteilt, Laub werde nicht entfernt, die Benutzung der Trasse geschehe auf eigene Gefahr.

Von der letzten Darstellung rückt Prusa jetzt ab. Hier greife das Verkehrswegegesetz, und da gebe es die Verkehrssicherungspflicht – eben mit Ausnahme des Winterdienstes. „Laub und Müll werden im Rahmen des Kehrdienstes entfernt.“ Die Zahl acht sei auch nur für die Kalkulation festgelegt worden. „Wir haben im Bauhof einen Mitarbeiter, der ist auch als Straßenbegeher im Stadtgebiet tätig. Auch die Balkantrasse gehört zu seinen regelmäßigen Strecken. Er

schätzt die Gefahrenlage ein.“ Das könnte bedeuten, dass die Trasse vielleicht auch nur vier-, aber auch zehnmal im Jahr gekehrt werden müsse. Dafür gebe es noch keine Erfahrungswerte.

Müll ein Dauerbrenner

Das Thema Müll (im Allgemeinen und auf der Trasse) ist für Henning Rehse (WNKUWG) ein Dauerbrenner. In einer langen E-Mail an den Bürgermeister sowie die beiden Dezernenten nimmt er die BM-Berichterstattung zum Anlass zu fragen, wer denn eigentlich das Ortsrecht durchsetze bei Mitbürgern, die die Umwelt verschmutzen und auf ihren eigenen Flächen den Pflege- und Reinigungspflichten nicht nachkommen? Denn: Die Satzung regelt zum Beispiel, dass jeder

Hauseigentümer den Gehweg vor seinem Grundstück einmal pro Woche kehren muss. „Besteht auch für Privatbürger die Möglichkeit, die Laubentfernung auf dem vor seinem Anwesen laufenden Bürgersteig einzustellen mit dem Hinweis, die Benutzung sei auf eigene Gefahr?“ Dazu hingegen wollte sich Prusa nicht äußern. Das sei eine Anfrage eines Politikers an die Stadtverwaltung. Darauf werde man Rehse persönlich und nicht öffentlich antworten.

Nach Informationen der BM soll das Thema Sauberkeit der Stadt im November nichtöffentlich im Arbeitskreis „Saubere Stadt“ beraten werden.

FRAGE DES TAGES

Bisherige Berichterstattung unter www.rp-online.de/wermelskirchen

Das Potenzial liegt an der Stadtgrenze

WGA
12.11.

WINDKRAFT Henning Rehse (WNK UWG) fragt an, ob es schon Kontakte gibt.

Wie der WGA berichtete, beschäftigt sich die Nachbarstadt Solingen im Detail mit Windkraft. Die größten Solinger Potenzialflächen befinden sich an der Grenze zum Kreis Rhein-Berg bzw. zur Stadt Wermelskirchen.

Aus der Topografie dieser Flächen schließt WNK-UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse, dass in diesen Bereichen auch für den Kreis und die Stadt Potenzialflächen für Windkraft liegen – etwa entlang der Autobahn A 1 zwischen der Auffahrt Wermelskirchen und Straßenüberführung (L 294) bei Hilgen.

Bei diesem Thema ist Schulterschluss der Kommunen unbedingt geboten

Henning Rehse fragt daher bei der Stadt Wermelskirchen und dem Kreis Rhein-Berg an, ob es bereits mit der Stadt Solingen Kontakte und Überlegungen gibt, diese Standorte gemeinsam zu entwickeln und zu verwerten. Und ob bereits Überlegungen betreffs interkommunaler Zusammenarbeit auf diesem Gebiet angestellt wurden.

Seiner Meinung nach sei diese beim Thema „Erneuerbare Energien“ unbedingt geboten, um die Windenergie im Bergischen auf wenige Standorte zu konzentrieren, und damit Kommunen beim Thema Energie den Schulterschluss üben.

Nur so gebe es die Chance, Strom auch künftig zu für Einwohner und Unternehmen zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellen zu können. Börsennotierte Großkonzerne würden ihr unternehmerisches „Interesse an maßlosen Profiten über Interessen ihrer Kunden und die gesellschaftliche Verantwortung stellen“, mutmaßt Rehse. red

„Großes Besteck“ statt kleiner Dienstweg

WNK-UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse erinnert die Stadtverwaltung an das Element der durchgängigen Allee an der „Kante“ des Brückenwegs zur B 51 im Zuge der Umgestaltung der Innenstadt. Hier fehle bereits seit mehr als einem Jahr ein Baum; auch an anderen Stellen gebe es – durch mutwillige Beschädigung – Lücken. Er fragt, wann mit der Ersatzbepflanzung der Bäume zu rechnen sei. „Immer dann, wenn es der Verwaltung genehm ist, wird auf die penible Umsetzung der Beschlüsse und auf die Gefahr der Rückzahlung von Fördergeldern im Falle der Abweichung von diesen Beschlüssen hingewiesen.“ Und hier? Rehse verweist darauf, dass er damit den 13. Brief in dieser Sache geschrieben habe. Und ob es wirklich einer offiziellen Anfrage bedürfe anstatt den „kleinen Dienstweg“ zu gehen. Offenbar bedürfe es „leider mehr und mehr des ‘großen Bestecks‘ im Verhältnis von Politik und Verwaltung. s.n. WGA 12.11.“

Keine Gewerbesteuer - denn Trinkwasser wird gesichert

BM 22.11.12

WERMELSKIRCHEN (BM) Sekundarschule, PCB, Inklusion und jetzt noch der Brandschutz – „die Liste der kostenträchtigen Baustellen in der Stadt wird immer länger“, so Henning Rehse (WNKUWG) in einer Stellungnahme. Und nichts davon sei im aktuell gültigen Haushaltssicherungskonzept aufgeführt.

Seiner Ansicht nach sei das Haushaltsproblem nachgewiesenermaßen ein Einnahme- und kein Ausgabe-Problem, wie „oftmals versucht wird zu suggerieren“. So würden der Stadt im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs Gelder in Millionenhöhe vorenthalten, wie vielerlei

Aufgaben, zum Beispiel die Anforderungen des Brandschutzes, zeigten. Die Stadt habe keine entwickelten Gewerbeflächen, um neue Unternehmen nach Wermelskirchen zu holen: Viele Flächen seien durch Wasserschutzzonen gesperrt. „Hier müsste Wermelskirchen für diese Beschränkungen Ausgleichszahlungen bekommen, denn wir sichern das Trinkwasser für Millionen Menschen im weiten Umland“, so Rehse. Er fordert die Verwaltung auf, endlich bei den Behörden mit Nachdruck für neue Flächen zu sorgen – und dabei die regional tätigen Politiker einzubinden.

Forderung nach Umweltausschuss

64
17.11.

Die Zusammenlegung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung war ein Fehler.

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Fraktion von WNKUWG fordert jetzt in einem Brief an den Bürgermeister, wieder einen eigenen Ausschuss für Umwelt, Bau und Vergabe zu bilden. Der war 2009 mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr zusammengelegt worden – so sollte Sitzungsgeld eingespart werden. Henning Rehse (WNKUWG): „Die

Zusammenlegung war rück betrachtet ein Fehler.“

So sei das Arbeitspensum für einen derart zugeschnittenen Ausschuss zu groß, als dass Themen sachgerecht beraten und entschieden werden könnten. „Wichtige Themen wie PCB wurden seit Jahren im politischen Raum nicht oder nicht konsequent beraten“; Baube-

reiche wie Rathausfassade, Umbau Bergischer Löwe, Baukostencontrolling befänden sich in einer Grauzone. Umweltrelevante Themen wie energetische Fragen und Sauberkeit der Stadt würden nur in Arbeitskreisen behandelt. „Deren Größen mit insgesamt 36 Mitglieder rechtfertigen längst einen Ausschuss mit 15 Mitglieder.“

Ausschuss-Auflösung ist ein „Fehler“ gewesen

WG 4
20.11.

ANTRAG Umwelt-Bereich soll wieder mehr Gewicht erhalten.

Der Stadtrat soll am 10. Dezember beschließen, einen Ausschuss für Umwelt, Bau und Vergabe einzusetzen.

Das beantragt die WNK UWG. Der Ausschuss soll im Umweltbereich unter anderem den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der kommunalen Zuständigkeit fördern, Empfehlungen für die Planungen der anderen Fachausschüsse abgeben, das Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt fördern sowie in Sachen Friedhofwesen, Forst, Energie, Abfallwirtschaft, aber auch Grünanlagen beraten.

Die meisten Aufgabenbereiche stammen aus dem Katalog des heutigen Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt, der sich aber um den Bereich

Umwelt nicht kümmert. Und darum laut Antrag wieder in „Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr“ umbenannt werden soll – seine Bezeichnung bis zur Auflösung des Umweltausschusses.



Der neue Ausschuss soll daneben Angelegenheiten städtischer Hoch- und Tiefbau-Angelegenheiten entscheiden, soweit diese nicht Sache des Betriebsausschusses Abwasserbetrieb sind. Dafür sollen die Arbeitskreise Rathausfassade, Umwelt, Abfallentsorgung, Energie, Sauberkeit sowie die Bausteuerungsgruppe aufgelöst werden.

Die Zusammenlegung des

Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr (2009) sei ein Fehler gewesen, begründet Fraktionschef Henning Rehse (Foto). Das Arbeitspensum sei zu groß – zu Lasten der sachgerechten Beratung der Themen.

Themen wie PCB seien nicht oder nicht konsequent beraten worden; Rathausfassade, Umbau des „Bergischen Löwen“ oder Baukostenkontrolle würden „nicht ihrer Wichtigkeit entsprechend“ beraten. Dasselbe gelte für umweltrelevante Themen wie Energie und Sauberkeit der Stadt. Der neue Ausschuss werde 15 Mitglieder haben – die Arbeitskreise und Kommissionen hätten heute 36 Mitglieder. Sie würden zudem „nach Ermessen der Verwaltung eingeladen“, kritisiert die WNK UWG. s.11.

GUTEN MORGEN
VON THOMAS WINTGEN



Rückgängig machen

Es wird höchste Zeit, dass sich die Politik etwas von ihren Kompetenzen zurückholt, die Bürgermeister Eric Weik und der Verwaltungsvorstand ihr – ohne Not – genommen haben. So verständlich der Wunsch sein mag, eingedenk nicht immer kompetenter bzw. selbstverliebter Sitzungsbeiträge die Arbeit zu straffen, so unerträglich ist die daraus erwachsene Konsequenz, dass die meisten Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Das ist undemokratisch und gehört schnell geändert. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Antrag, einen neuen Ausschuss zu bilden und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr den vollkommen „unterbelichteten“ Bereich Umwelt abzunehmen, keine Mehrheit findet in der letzten Ratsitzung dieses Jahres. **Bericht auf dieser Seite**

Neue Parkplätze - Nachbarn entscheiden

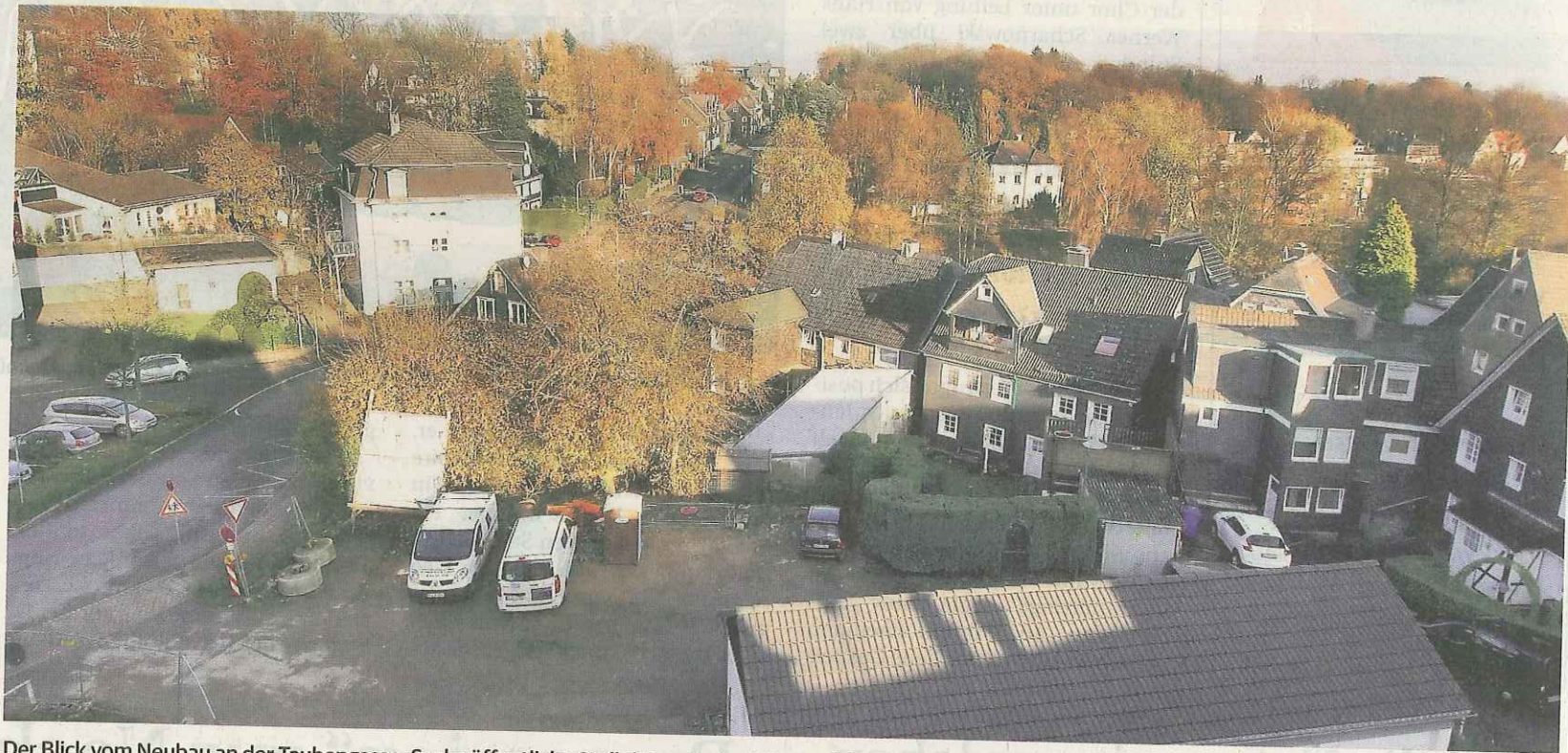
Die Stadtverwaltung hat gestern Abend Möglichkeiten aufgezeigt, wie man neue Parkplätze im Bereich der Taubengasse/Berliner Straße errichten könnte. Aber: Die Zufahrt ist nur über ein Privatgrundstück möglich.

BM
27.11.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Der Verkauf des städtischen Grundstücks an der Berliner Straße 17/Ecke Taubengasse wird sich wenigstens bis ins Frühjahr hinziehen. Damit sind die Pläne eines Investors, dass dort schnell neue Parkplätze entstehen, wieder in städtischen Schubladen versunken. Der Grund: Es besteht erheblicher Beratungsbedarf in den Fraktionen, weil gestern die Stadtverwaltung erstmals Möglichkeiten aufzeigte, was überhaupt heute noch dort machbar ist. Und das ist eigentlich nicht sehr viel.

Die Verkaufsabsichten der Stadt im Sommer löste bei der Politik Aktivitäten aus. Denn: Im gültigen Bebauungsplan 23 (Innenstadt) ist dort eine Tiefgarage ausgewiesen. So forderte denn die WNKUWG, dass dort wenigstens zehn öffentliche Stellplätze entstehen sollten.



Der Blick vom Neubau an der Taubengasse: Sechs öffentliche Stellplätze sind auf einer städtischen Fläche (vorn) vorhanden; wird die Obdachlosenunterkunft (hinter den Bäumen) abgerissen, kämen sieben hinzu. Bei einer Parkpalette wären es etwa 22 - aber immer müsste über Privatfläche gefahren werden.

BM-FOTO: DÖRNER

Damit begann dann im zuständigen technischen Dezernat der Prozess: nämlich die (Neu)-Bewertung der städtebaulichen Möglichkeiten. Denn der Neubau „schießt“ deutlich über die vorgegebenen Baumgrenzen des B-Plans hinaus – der Ausschuss hatte dem zugestimmt. So ist die in den 90er Jahren geplante Tiefgarage mit 70 Stellplätze nicht mehr umsetzbar. Die Stadt aber ist nur noch in geringem Maße im Besitz von Flächen; so muss künftig das Geschäftshaus schon über eine städtische Fläche erschlossen werden, was im B-Plan gar nicht vorgesehen ist. Wolfgang Schindler (Planungsamt): „Im B-Plan müsste diese künftige Verkehrsfläche in ihrer Funktion eingetragen werden.“

Gegenüber des Neubaus befinden sich noch sechs öffentliche Stellplätze; nach einem Abriss (bei einer Zufahrt gegenüber des DRK-

hauses) kämen maximal sieben dazu. „Die Zufahrt wäre dann nur über Privatgelände möglich“, so Schindler. Damit hätte man zwölf bis 14 Stellplätze. Keine Aussagen gibt es, ob der Eigentümer da mitzieht. Eine Parkpalette, parallel zur Taubengasse (wieder nur mit Zufahrt über Privatgelände zur unteren Ebene) würde 13 Stellplätze bringen, eine mögliche obere Etage weiter acht bis zehn (Zufahrt vom heutigen Parkplatz). Am Neubau blieben 15 (private) Parkplätze. Mögliche weitere Geschossbauweise wäre auf der Parkpalette möglich.

Unterschiedlich waren die Ansichten übers weitere Vorgehen. Grundsätzlich wird jetzt erst einmal

in den Fraktionen über diese Möglichkeiten diskutiert (Friedel Burghoff, Büfo: „Vor Februar gibt es keine neue Beratung.“) Bernhard Schulte (SPD) meinte, die Forderung nach neuen Parkplätzen blende die vorausgegangene Diskussion um ein Mobilitätskonzept (Bericht folgt) aus. „Hier wird es nur private Parkplätze geben, sicher keine öffentlichen.“ Ein Befürworter ist Klaus Hake (WNKUWG): „Das Haus wurde damals gekauft, um Parkplätze zu schaffen.“ Seit die Marktpassage verkauft sei, gebe es in diesem Teil der Innenstadt keine öffentlichen Parkplätze mehr. „Wir müssen hier so viele Parkplätze wie möglich schaffen.“



**„Wenn wir hier
Parkplätze
ausweisen,
blenden wir
das Mobilitäts-
konzept aus.“**

Bernhard Schulte
SPD-Sprecher

Müsste dafür der B-Plan geändert werden?, wollte Martin Bosbach (CDU) wissen. Nein, so Schindler. Es wäre nur sinnvoll, ihn anzupassen an die aktuelle Situation.

Die WNKUWG sei sicher bereit, die neuen Variationsmöglichkeiten auszuloten, „wir werden aber verhindern, dass das Thema auf die lange Bank geschoben wird“, reagierte Rüdiger Bornhold wütend. Ein Mobilitätsmanagement werde es sicher erst in der nächsten Ratsperiode geben. „So lange werden wir nicht warten. Wir werden darauf drängen, dass innerhalb eines Jahres eine Entscheidung fällt über den Bau öffentlicher Parkplätze“, kündigte er an.

Zählt zur Diskussion unseres Mobilitätskonzeptes

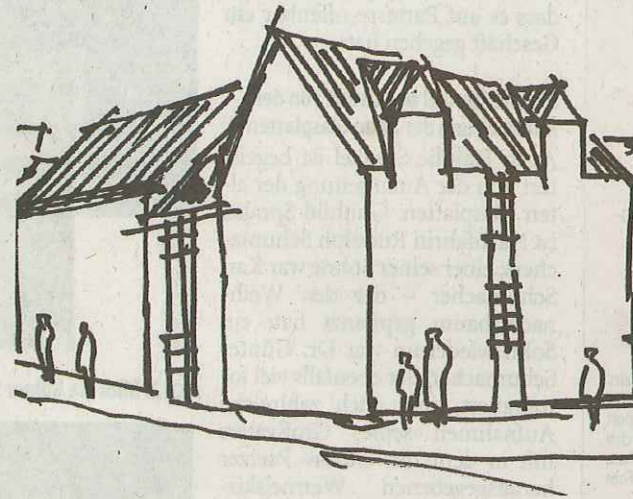
TAUBENGASSE Politik vertagt die Frage, ob Parkplätze gebaut werden sollen.

Von Thomas Wintgen

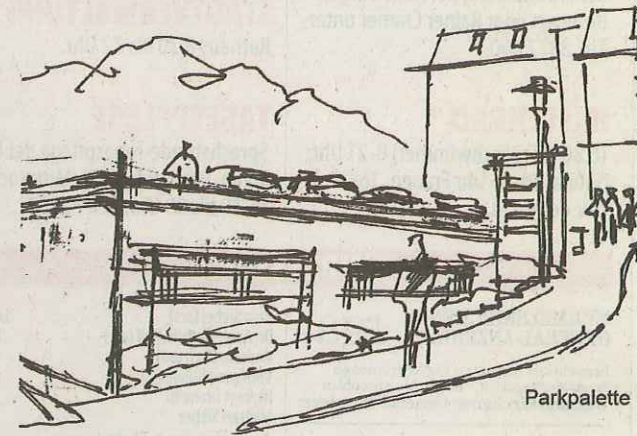
Die WNK UWG hat ihren Antrag vorläufig zurückgezogen, anstelle des Altbaus Berliner Str. 17a „mindestens zehn öffentliche Parkplätze“ zu bauen. Die Fraktionen wollen das noch mal beraten.

Planungsamtsleiter Wolfgang Schindler hatte dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr die Ausgangslage vorgestellt, welchen der 1993 verabschiedete Bebauungsplan 23A (Innenstadt) vorgibt. Dieser sieht nicht zuletzt eine zweigeschossige Parkpalette mit rund 70 Plätzen vor; an der Stelle steht heute freilich zum Teil der Neubau Obere Remscheider Straße. Dieser ragt sogar über die im B-Plan vorgegebenen Flächen hinaus.

Die kleine Fläche, welche hier der Stadt gehört, sei noch nicht als öffentliche Verkehrsfläche gewidmet. Theoretisch möglich sei heute die



WGA 78.11.



Parkpalette

Wolfgang Schindler (Planungsamt) präsentierte dem Ausschuss Skizzen einer Bebauung und einer Parkpalette Taubengasse.

WGA-Repros

Anlage von 6 Stellflächen, wenn die Baustelle abgeräumt sein werde, sowie 6-7 auf dem städtischen Grundstück mit dem Altbau. Eine Variante sähe 12 Parkplätze mit Zufahrt am Gebäude „Wein Freund“, eine vierte Variante 12 Plätze auf Tiefparterre und 9 auf einer Art Parkdeck.

„Die Darstellung im B-Plan“, betonte Schindler, „heißt aber nicht unbedingt,

dass es öffentliche Parkplätze werden.“ Er stellte im Übrigen Skizzen vor, die anschaulich machen, dass sich das Planungsamt auch eine Ordentliche Bebauung dieser Hinterhof-Situation vorstellen könnte.

Während CDU-Fraktionschef Volker Schmitz um Verweis in die Fraktionen bat, sah Klaus Hake (WNK UWG) einen durch die Ersteigerung

der Markt-Passage gestiegenen Parkplatz-Bedarf; dort sind nämlich nurmehr 2 öffentlich. Die Stadt habe den Altbau hier einst ausdrücklich zum Abriss von Familie Becher gekauft; hier seien so viele Parkplätze nötig wie möglich.

Gisela Grangeret (Grüne) bat darum, mal genau zu beziffern, wie vieler Parkplätze es denn hier bedürfe. Bern-

hard Schulte (SPD) findet, dass diese Parkplatz-Frage eigentlich auch in die Diskussion „Mobilitätskonzept“ gehöre (WGA-Dienstausgabe).

Den von WNK UWG beantragten Verkauf des städtischen Grundstücks halte er „für ganz gefährlich“, denn „wir brauchen doch vor allem öffentliche Parkplätze, keine privaten“.

zuletzt aktualisiert am: 01.12.2012

URL: <http://www.rp-online.de/bergisches-land/wermelskirchen/nachrichten/stadt-braucht-zeit-fuer-die-sekundarschule-1.3089728>

Wermelskirchen

Stadt braucht Zeit für die Sekundarschule

zuletzt aktualisiert: 01.12.2012

Wermelskirchen (RP). Die Stadtverwaltung wird dem Stadtrat bis spätestens Ende Mai 2013 eine Entscheidungsgrundlage vorlegen, wie die Sekundarschule unter der Beachtung der PCB-Problematik in der Realschule und Grundschule Ost realisiert werden kann. Dann sollen auch die finanziellen Auswirkungen dargestellt und Möglichkeiten von Übergangslösungen während der Sanierungs- bzw. Umbau- und Neubauphasen berücksichtigt werden. Das ist die Kernaussage der Beschlussvorlage, mit der die Stadtverwaltung in den Haupt- und Finanzausschuss am Montag, 3. Dezember, 18 Uhr, in den Ratssaal geht.

Google-Anzeigen

Schulbewertung

Unterricht und Qualität der Lehrer Schulleitung, Klima an der Schule
StayFriends.de/Schulbewertungen

Damit wird die Zeitschiene um zwei Monate nach hinten verschoben. Denn: Im Schulausschuss forderte Norbert Kellner (WNKUWG), dass die Variantenuntersuchung bis 30. April 2013 vorlegen sollte. Nach BM-Informationen soll der "Bausteuerer" im nichtöffentlich tagenden Ältestenrat sogar als Termin den 18. März angeboten haben. Bis dahin könnte er seine Untersuchung abschließen, hieß es.

Die Verwaltung benötige hingegen, wie es der Technische Beigeordnete Dr. André Benedict Prusa schon im Fachausschuss deutlich machte, für eine "seriöse und belastbare Entscheidungsgrundlage" noch Zeit bis Ende Mai 2013. Inzwischen spricht die Stadtverwaltung schon von einer "Machbarkeitsstudie" – das wiederum bringt CDU-Politiker Volker Schmitz auf die Palme. "Wir haben mit dem pädagogischen Konzept am 19. März 2012 beschlossen und jetzt im Schulausschuss bekräftigt, dass wir eine neue Schullandschaft mit Sekundarschule in Wermelskirchen wollen." Deswegen gehe es hier keinesfalls um eine Machbarkeitsstudie, sondern um Variantenuntersuchung.

Die Bergische Morgenpost lohnt sich Tag für Tag - jetzt testen»

© RP Online GmbH 1995 - 2010
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken»